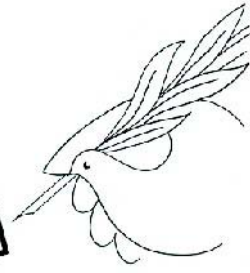


FRIEDENS JOURNAL



Gegen Militarisierung nach innen und außen

Bundeswehr beim Hessentag 2011



- Bundeswehr auf dem Weg zur Interventionsarmee
- Hochschulen und militärische Forschung
- Schulen gegen Zusammenarbeit mit Bundeswehr
- Kampagne: „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!“
- Mauern verletzen Flüchtlingsrechte – 25 Jahre Pro Asyl
- 100 Tage Libyen-Krieg

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag

Juli 2011/Nr. **4**

Inhalt

SCHWERPUNKT

Bundeswehr auf dem Weg zur Interventionsarmee . 3
Hochschulen: Kriegsforschung oder Zivilklausel . . . 6

GASTBEITRAG

Mauern verletzen Flüchtlingsrechte. 6

INTERVIEW

Bundeswehr-Kooperation an Schulen in NRW 4
Umdenkprozesse in Frankreich – aber nur langsam 9

FRIEDENSBEWEGUNG

Aktion Aufschrei: stoppt den Waffenhandel 12

RUBRIKEN

Im Blickfeld 4,5,8,13
Buchbesprechung. 14
Friedensnetz Baden-Württemberg. 15
Rückseite: Friedensratschlag zum Libyen-Krieg . . . 16

FOTOS

Titelbild:

Bundeswehrausstellung beim Hessentag 2011
in Oberursel / Ts.

Quellenangaben zu Fotos im Heft:

Seite 1: Karl-Heinz Peil
Seite 6: www.fahrzeugbilder.de
Seite 11: EPD

Das nächste Friedensjournal erscheint
am 10.09.2011

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich
und ist zum Solibeitrag von 15,00 EUR über
die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internet:

www.frieden-und-zukunft.de/friedensjournal

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
Tel.: 05 61 / 937 17574
e-mail: peter.strutynski@gmx.de
www.ag-friedensforschung.de

Redaktion:

Hugo Braun, Christine Buchholz, Bernd Guß,
Lühr Henken, Werner Ruf, Bärbel Schindler-
Saefkow, Peter Strutynski, Horst Trapp,
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Bankverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01 · Kto.-Nr.: 2 00 08 13 90

Die Militarisierung stoppen!

Liebe Leserinnen und Leser,

dass Deutschland ein weltweit führender Waffenexporteur ist, ist keineswegs neu und wurde von uns im Friedensjournal bereits mehrfach thematisiert. Neu ist allerdings, mit welcher Aggressivität und Unverfrorenheit dieses in der jüngsten Zeit betrieben wird. So wird die öffentliche Debatte über Panzerlieferungen an Saudi-Arabien zum Geheimnisverrat stilisiert, womit juristische Drohungen verbunden sind. Angela Merkel bereist Afrika, offenbar weniger zur Lösung drängender Entwicklungsfragen, sondern als Top-Rüstungsverkäuferin. Die neue Kampagne gegen den Waffenexport „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!“ kommt deshalb zur rechten Zeit. Jürgen Grässlin als Sprecher dieser Kampagne stellt diese in seinem Artikelbeitrag vor.

Als geheim werden nicht nur Rüstungsexporte, sondern auch Rüstungsforschungen eingestuft. Diese findet mittlerweile an mehr als 40 Hochschulen in Deutschland statt. Eine Konsequenz daraus ist auch, dass die Inhalte der Forschung einer strikten Geheimhaltung unterworfen werden, was mit einem erheblichen Demokratieabbau verbunden ist. Während Prozesse des Demokratieabbaus meistens schleichend und manchmal unauffällig verlaufen können, was uns aus anderen Bereichen hinlänglich bekannt ist, gibt es an einigen Hochschulen gegen die Rüstungsforschung scheinbar feste Barrieren durch sogenannte Zivilklauseln. Darunter werden Selbstverpflichtungen in Forschung und Lehre verstanden, nach denen ethischen Prinzipien folgend alle Forschungsthemen und -mittel zu Rüstungszwecken abzulehnen sind. Aktuell laufen deshalb Bestrebungen, diese als Störfaktor über Bord zu werfen. Wie dieses geschieht und welche Formen der Gegenwehr sich aktuell dazu entwickeln, beleuchtet Dietrich Schulze in seinem Beitrag.

Als Teil einer zunehmenden Militarisierung nach innen und außen ist

auch der Umgang mit Flüchtlingen zu sehen. Nach innen geht es hierbei um den Kampf für Bleiberechte, nach außen hin muss die gnadenlos brutale Abschottung der EU-Grenzen durch Frontex gesehen werden. In unserem Gastbeitrag stellt Günter Burkhardt die Arbeit von 25 Jahren PRO ASYL dar, mit den wachsenden Schwierigkeiten zur Unterstützung von Flüchtlingen.

Bei vielen der in dieser und den letzten Ausgaben angesprochenen Fragen interessiert auch, welche Rolle die Friedensbewegung in unserem Nachbarland Frankreich spielt, sei es zum Thema Afghanistan oder aktuell zu Libyen. Nicht zu vergessen das Thema Atomwaffen(abrüstung) und Atomkraftwerke (nach Fukushima). Von Nils Andersson, Mitglied des IDRP (Institut de Documentation et de Recherche sur la Paix) erhielten wir dazu einige aufschlussreiche Antworten.

Auf der Seite des Friedensnetzes findet sich ein Aufruf zum 66. Jahrestag der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki, ein Text der auch über Baden-Württemberg hinaus bei den traditionellen Mahnwachen am 6. August allen Friedensinitiativen nahegelegt werden kann.

In der letzten Ausgabe haben wir dargestellt, dass die Menschenrechtsthematik nicht der Grund für den Libyen-Krieg ist. In dieser Ausgabe haben wir auf der letzten Seite eine Analyse des Bundesausschusses Friedensratschlag, welche wahren Gründe hinter dieser Aggression stehen.

Wir hoffen deshalb auch diesmal wieder auf eine spannende Lektüre.

Karl-Heinz Peil

Unterschriften für den Aufruf:

Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen

bitte an die Redaktionsanschrift des Friedensjournals einsenden. Unterschriftenlisten zum Ausdruck sind abrufbar unter www.ag-friedensforschung.de

Hochschulen: Kriegsforschung oder Zivilklausel?

Von Dietrich Schulze, Karlsruhe

Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit

Zivilklausel als Störfaktor für Kriegsforschung

Kriegsforschung wird mittlerweile an zahlreichen deutschen Hochschulen betrieben. Dem entgegen stehen teilweise Zivilklauseln der Hochschulen, die derartiges eigentlich ausschließen sollten. Bereits seit geraumer Zeit gibt es deshalb zwei Abwehrlinien gegen diese Zivilklauseln. Die (erste) passive Linie läuft auf Ablehnung bzw. auf unverbindliche Ethik-Leitlinien hinaus, die (zweite) aktive Linie auf Durchsetzung einer zivilmilitärischen Kooperationsklausel. Die letztere hat erst in jüngster Zeit ihr Gesicht offen gezeigt, was nachfolgend an den beiden Fallbeispielen der Universitäten Bremen und Tübingen aufgezeigt wird.

rationsvereinbarungen Schule-Bundeswehr seien nur beispielhaft angeführt.

Als Hintergrund muss neben der CIMIC-Strategie die Ökonomisierung der Hochschulen, die bewusst gesteuerte chronische Unterfinanzierung gekoppelt mit Drittmitteleinnahmen als Exzellenzmerkmal und die Elitförderung gesehen werden.

Fall 1: Uni Bremen und OHB Systems

Seit Monaten gibt es an der Universität Bremen einen Streit darüber, dass die vom Bremer Satellitenbauer und Weltraum-Rüstungskonzern OHB Systems gestiftete Hochschulprofessur der Zivilklausel der Universität von

an dem deutsch-amerikanischen Geheimprojekt HiROS (optische Aufklärung) beteiligt, einem von Wikileaks erst kürzlich enthüllten BND-geführten Spionagesatelliten-System. Die Firmeninhaber Christa und Manfred Fuchs waren im August 2009 zu "Ehrenbürgern und Förderern der Universität Bremen" ernannt worden.

Anstatt das damit dokumentierte Sponsoring bei derart eindeutiger Beschlusslage abzulehnen, wird es vom Uni-Rektorat in den höchsten Tönen gelobt. Und zur Kritik von Studierenden und Friedensbewegung: "Inwieweit OHB in der Rüstungsforschung tätig ist, ist nicht bekannt." und es gebe bestimmte Grauzonen, in denen zivile und militärische Forschung "schwer zu trennen sind".

Im März 2011 hatte sich auch die Bürgerschaft des Landes Bremen in einer Entschließung zur strittigen Thematik geäußert. Einerseits erklärt die Bürgerschaft, dass die Zivilklausel „eine wertvolle Selbstverpflichtung für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ und Vorbild für die übrigen Hochschulen in Bremen und Bremerhaven sei, gleichzeitig bittet sie jedoch den Senat darum, die Zivilklausel zu „generalisieren und an die Entwicklungen der vergangenen 25 Jahre anzupassen“.

Die gezielt betriebene zivilmilitärische Vermengung („dual-use“) hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Abgeordneten glaubten wohl an einen Handlungsbedarf, obwohl es klare Kriterien dafür gibt, wie Grundlagenforschung und militärische Anwendungsforschung voneinander unterschieden werden können. Obwohl sich „dual use“ 1986 nicht anders stellte als heute. Obwohl die Zivilklausel auch anderswo mit guten Ergebnissen praktiziert wurde, wie zum Beispiel am Forschungszentrum Karlsruhe.

Gruppenprotest von ProfessorInnen

Den Protesten des AstA und des Bremer Friedensforums gegen die OHB-Stiftungsprofessur hatte sich im Februar eine größere Gruppe von Profes-



Die aktive Linie hat ihre politischen Wurzeln in der NATO-Strategie CIMIC (Civic military cooperation - zivilmilitärische Kooperation). Nicht nur die Bundesregierung forciert die Militarisierung durch Vermengung von zivilen und militärischen Zwecken in entscheidenden Bereichen der Innen- und Außenpolitik, sondern auch Teile der Opposition billigen das in Anlehnung an die Vorleistungen der Vorgänger-Regierung bzw. nehmen das hin. Der verlängerte Bundeswehreinsatz in Afghanistan, die Umstrukturierung der Bundeswehr zur „friedensschaffenden“ Interventionsarmee der „Freiwilligen“ und die Koope-

1986 widerspricht. Der AstA der Universität hatte mehrfach an diese gerade 25 Jahre alt gewordene Selbstverpflichtung erinnert und Konsequenzen verlangt.

Die Zivilklausel lautet wörtlich: *„Der Akademische Senat lehnt jede Beteiligung an Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab und fordert die Mitglieder der Universität auf, Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können.“*

Die Firma OHB liefert Rüstungsgüter für das Satelliten-System SAR-Lupe (radargestützte Aufklärung) und ist

sorInnen angeschlossen und in einer Erklärung an die Öffentlichkeit festgestellt: „Eine derartige Stiftungsprofessur setzt die Freiheit von Forschung und Lehre aufs Spiel und widerspricht dem Geist der Gründung der Universität. weil das Bremer Unternehmen OHB System AG mit der Rüstungsproduktion seinen wirtschaftlichen Aufstieg genommen hat und dem Geschäft im militärischen Bereich eine zunehmend große Bedeutung beimißt.“

"Drittmittel" als Erpressungswerkzeug

Dem OHB-Unternehmer Manfred Fuchs genügt das nicht. Er sieht sich zu einer eigenen öffentlichen Erklärung veranlasst und droht mit dem Ausstieg: "Es gibt nur die eine Wahl. Entweder die Uni ändert die Zivilklausel, oder wir lassen die Professur sein."

Und weiter: "Ich verstehe die Ansatzpunkte der Kritik, und ich kann auch die Debatte nachvollziehen. Wenn es eine solche Charta gibt, ist es nur zu verständlich, dass deren Befürworter auf die Bestimmungen darin hinweisen. Und wenn die Universität oder der Akademische Senat zum Entschluss kommt, dass sich unsere Stiftungsprofessur damit nicht vereinbaren lässt, sollten wir es sein lassen. Dann macht es keinen Sinn." Klingt ziemlich cool und scheinheilig neutral, ist aber Erpressung. Die Rüstungsfirma braucht die Kooperation und profitiert enorm davon ebenso wie von anderen staatlichen Forschungsinstitutionen z.B. der DLR. Im Verhältnis zu den erzielten Rüstungsgewinnen für OHB aus Staatsaufträgen sind die Sponsoring-Raten Peanuts (0,165 Mio. € pro Jahr, Laufzeit 10 Jahre), nicht aber für die Uni.

Geopolitische Neudefinitionen

Statt sich gegen diese erpresserische Drohung zu wenden, die die Abschaffung der Zivilklausel (und damit einen verfassungswidrigen Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft und die Autonomie der Universität) bedeutet, erklärt der Rektor tags darauf ungehört, dass er „eine kontinuierliche De-

batte über die gesellschaftliche Bedeutung von Forschung und Lehre sowie die Verantwortung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern“ befürwortete und er hält „in diesem Rahmen eine Aktualisierung der sogenannten "Zivilklausel" für erforderlich, da sich die geopolitische Gesamtsituation seit den 80er Jahren erheblich verändert hat.“

In der Tat hat sich die deutsche Geopolitik geändert. Seit 1991 befindet sich die Bundeswehr in Kriegseinsätzen. Die seit 1992 fortgeschriebenen Verteidigungspolitischen Richtlinien besagen in der Fassung vom 18.5.2011: „Deutschland ist bereit, als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente einzusetzen. Dies beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften.“ Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehöre, „einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.“ verbunden mit den Drohungen a) „Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken.“ Und b) „Einsatz von Streitkräften im gesamten Intensitätsspektrum.“ Das lässt an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Damit kann man auch besser die Schlüsselrolle der eigenen deutschen Satelliten-„Aufklärung“ verstehen, für deren Produktion OHB tätig ist.

HiROS: Zivil getarnte Rüstung

Die Mächtigen sind besorgt über die anhaltende öffentliche Kritik an Rüstungsexport und Krieg. Dank Wiki-leaks / Aftenposten wissen wir Genaueres, wie die Sache mit den geheimen HiROS-Satelliten gedeichselt werden soll. Zitat aus der US-Depesche vom 14.5.09: „Um mögliche negative Auswirkungen der Entwicklung von HiROS als Aufklärungssatellit zu minimieren, wird das Programm von einer zivilen Stelle, vielleicht dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, geleitet werden. Aus Gründen der politischen Optik werden die Satelliten selbst von einer »kommerziellen Einheit« betrieben werden, die speziell zu

diesem Zweck geschaffen werden wird. Die Aufgabenstellung wird jedoch vom BND geleitet, kontrolliert und koordiniert werden.“.

Eine Auskunft über die HiROS-Pläne wird den Bundestagsabgeordneten verweigert, ebenso wie erstmals im Oktober 2010 Auskünfte über militärisch relevante Sicherheitsforschung an Hochschulen unter Geheimschutz gestellt wurden.

Fall 2: Uni Tübingen Militarist als Honorarprof.

Die an der Uni Tübingen verankerte Zivilklausel von 2010 lautet:

„Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“

Entgegen der Linie der CDU-FDP-Landesregierung, die eine Zivilklausel für verfassungswidrig erklärt hatte, beschloss der Senat im Dezember 2009 auf Forderung der Studierenden im Rahmen des Bildungsstreiks überraschend die obige Zivilklausel als Zusatz zur Präambel der Grundordnung. Noch überraschender: Eben jene Landesregierung stimmte dieser Zivilklausel im September 2010 zu. Das wurde bedauerlicherweise erst Anfang Februar bekannt. Dieselbe Landesregierung, die ihre Ablehnung einer ähnlichen Zivilklausel für die Grundsatzung der Uni Karlsruhe (jetzt KIT Campus Süd) nie aufgegeben hat, kommentierte den Widerspruch so, dass eine Präambel keine Verbindlichkeit besitze. Da konnten noch Zweifel darüber bestehen, welche Haltung Senat und Uni-Leitung einnehmen.

Diese Zweifel sind Anfang Mai ausgeräumt worden als öffentlich die Antrittsvorlesung von Wolfgang Ischinger als Honorarprofessor der Uni Tübingen bekannt wurde. Dessen Bestellung war klammheimlich schon viel früher über die Bühne gegangen. Die Uni hält offensichtlich die Bestellung des Chefs der berüchtigten NATO-Sicherheitskonferenz für vereinbar mit dem beschlossenen friedlichen Zweck und der Absicht, zur Bereicherung des Zusammenlebens der Völker beizutragen. Erschwerend kommt hinzu, dass es unter Verweis auf die Zivilklausel im April

2010 zu starkem Protest gegen einen Ischinger-Auftritt in der Uni Tübingen gekommen ist. Die Uni hat sich demnach ganz bewusst auf die Seite eines international bekannten Militaristen geschlagen und damit die Zivilklausel zivilmilitärisch interpretiert. War das die Absicht gewisser Strategen von Anfang an?

Mobilisierung an den Unis für den Herbst

Wenn eine geopolitische Neufassung der Zivilklausel - wie an der Uni Bremen - angestrebt wird, dann geht es um mehr als nur um die Abschaffung der Friedensbindung. Dann geht es zusätzlich darum, die Teilnahme an militärisch relevanter Forschung als Selbstverpflichtung aller Uni-Mitglieder festzulegen, also um eine Orwell'sche Sprachregelung „Krieg ist Frieden“. So wie es bereits "friedensschaffende" Kriegseinsätze der Bundeswehr gibt, würde es dann künftig wohl "friedensschaffende" Kriegsforschung geben.

Es sei denn, der Widerstand vor Ort unterstützt durch bundesweite Soli-

darität wird so konkret, dass die Unis ihre Positionen ändern und die Zivilklausel konsequent umsetzen müssen.

Angesichts des friedensgefährdenden Einsatzes der Bundeswehr an immer mehr Kriegsschauplätzen, der wachsenden Zahl an Opfern insbesondere unter der Zivilbevölkerung und der offenkundigen Tatsache, dass damit das Gegenteil der vorgeblichen Ziele erreicht wird, ist auch an den Hochschulen eine (Rück)Besinnung auf den Friedensauftrag der deutschen Geschichte und an die Verantwortung der Wissenschaft entstanden. Vom 27.-29. Mai hat es an der TH Braunschweig nach zwei Jahrzehnten Stillstand eine erste Konferenz gegen Kriegsforschung an Hochschulen gegeben.

An der Uni Bremen konnte der vom ASTa zu der öffentlichen Senatssitzung mobilisierte Protest erreichen, dass die Entschließung zur zivilmilitärischen Neufassung der Zivilklausel auf Herbst vertagt werden musste. Der ASTa bittet um Unterzeichnung einer Online-Petiti-

on zur Beibehaltung der Zivilklausel von 1986 und deren konsequenter Umsetzung.

Im Herbst sind an beiden Unis öffentliche Vortragsreihen Pro und Contra Militärisches geplant. Derweil geht das zivilmilitärische Geschäft an beiden Unis munter weiter. Es sei denn, Herr Fuchs wird gezwungen, sein erpresserisches Stiftungsangebot wegen Verfassungswidrigkeit zurück zu ziehen. Es sei denn, der neuen Landesregierung Baden-Württemberg kommen Bedenken bezüglich der unter der Ägide der schwarz-gelben Vorgänger-Regierung „autonom“ getroffenen Entscheidung zur militaristischen Honorarprofessur.

Studierende, Gewerkschafter und Friedensbewegte sind jedenfalls alarmiert und dabei, noch engagierter für Freiheit und Unabhängigkeit der alma mater zu kämpfen, nicht zuletzt aufgrund des unerbittlichen Auftrags der deutschen Geschichte.

Mehr Infos:

www.petitiononline.com/astauniB/petition.html

IM BLICKFELD

Gemeinsame Erklärung der Initiative „Hochschule für den Frieden – ja zur Zivilklausel“

Braunschweig / Berlin, den 4.6.2011

Hochschulen für den Frieden! - Nein zur Kriegsforschung! - Ja zur Zivilklausel!

[...] An über 40 deutschen Hochschulen wird Forschung für den Krieg betrieben. Keine Fachrichtung bleibt zivil. Werkstoff- und Laserforschung, Satellitensysteme, Informations- und Nachrichtentechnik, Robotersysteme, Medizin- und Pharmaforschung, Optik und Nanotechnologie, Sport- und Sozialwissenschaften, alle Fachrichtungen sind im Focus der Militärforschung. Für Militärforschung wird Geheimhaltung angeordnet. Informationszugang bekommt nur ein kleiner Kreis von Auserwählten. Mit Geheimschutzregeln werden Transparenz und Mitbestimmung an Hochschulen beschränkt. So wird der Einfluss der Militärs auf die akademische Lehre verstärkt. Das Verteidigungsministerium stellte 2010 für Ressortforschung insgesamt 1,1 Milliarden Euro für Rüstungsforschung bereit. Doch dieser Betrag ist nur ein Bruchteil der Forschungsmittel, die für militärische Zwecke genutzt werden. Denn der Ressortforschungsplan des Verteidigungsministeriums geht davon aus, dass sogenannte „wehrwissenschaftliche Forschung“ grundsätzlich auf den Erkenntnissen der zivilen Forschung aufsetzt („Add-on-Prinzip“), „wenn nationale Sicherheitsinteressen und das angestrebte Fähigkeitsprofil der Bundeswehr es erfordern.“ [...]

Mit dem Umbau der Bundeswehr zur Berufsarmee wurde der Etat zur Nachwuchswerbung zwischen 2009 und 2011 um knapp 50 Prozent auf über 10 Millionen Euro pro Jahr erhöht worden. An Hochschulen werden Werbe- und Lehrveranstaltungen von den Jugendoffizieren der Bundeswehr ausgerichtet. Seit 20 Jahren leiden die öffentlichen Hochschulen unter einer politisch getriebenen Unterfinanzierung. Selbst nach Berechnungen des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) beträgt der Fehlbetrag weit über 2 Mrd. Euro. Gleichzeitig vergeben Rüstungskonzerne Forschungsarbeiten und finanzieren Stiftungsprofessuren. Drittmittel-Geber der militärischen Forschung nutzen die Unterfinanzierung ziviler Hochschulen aus. Finanzielle Abhängigkeit von Drittmitteln gefährdet die Autonomie der Hochschulen und zerstört demokratische Entwicklung. Wir sind empört über die „Geheimschutzordnung“, mit der das Verteidigungsministerium ihre Drittmittelforschung an den Hochschulen belegt. Militärforschung an den Hochschulen beschränkt die Transparenz, Autonomie, und greift Demokratie und Freiheit an den Hochschulen an. [...]

Vollständiger Text der Erklärung abrufbar unter:
www.natwiss.de